

ANFRAGE von Sonja Gehrig (GLP, Urdorf), Nicola Yuste (SP, Zürich), Christina Zurfluh (SVP, Wädenswil), Hans-Peter Brunner (FDP, Horgen), Karin Fehr (Grüne, Uster), Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), Walter Meier (EVP, Uster), Anne-Claude Hensch (AL, Zürich)

betreffend Stärkung der politischen Bildung und der Schülerpartizipation an Schulen

Heute, am 3. Oktober 2022, haben verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Jungparteien und des Jugendparlaments dem Bildungsrat einen offenen Brief zur Förderung und Stärkung der politischen Bildung zukommen lassen. Ihre zentrale Forderung lautet, dass die politische Bildung an Zürcher Schulen auf der Sekundarstufe I und II gestärkt wird. Dies beispielsweise durch die praktische Anwendung der damit verbundenen Kompetenzen, wie «Debating» (Schülerinnen und Schüler müssen sich für oder gegen ein Anliegen positionieren, wobei die Position ausgelost wird) oder Organisieren von und Teilnehmen an politischen Podien direkt an den Schulen. Das Kernanliegen der Jugendlichen betrifft die konkrete und praktische Umsetzung der im Lehrplan 21 verankerten Kompetenzen zur politischen Bildung, die heute noch zu wenig Eingang in den Unterricht finden. Auch die hier unterzeichnenden Fraktionen unterstützen dieses Anliegen.

Die Stärkung der politischen Partizipation soll altersgerecht und politisch ausgewogen erfolgen. Zur Veranschaulichung von Politik können auch Externe beigezogen werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die praktische politische Bildung insbesondere in den Sekundarstufen I und II zu stärken? Welche Altersstufen wären ideal dafür?
2. Ist der Regierungsrat bereit, sich konkret für eine Stärkung der politischen Bildung und Stärkung der Schülerpartizipation (z.B. Schülerparlament und Klassenrat) im Rahmen der überfachlichen Kompetenzen an Schulen einzusetzen?
3. Welches sind sein Handlungsspielraum und seine Einflussmöglichkeiten?
4. In wie vielen Schulen gibt es Schülerparlamente? Ist bekannt, welche Kompetenzen diese Schülerparlamente innehaben, und gibt es dazu kantonale Leitlinien?
5. Ist der Regierungsrat bereit, sich beim Bildungsrat für mehr Jugendpartizipation und politische Bildung an Schulen einzusetzen?
6. Wie beurteilt er die Möglichkeit, konkrete Anwendungen, wie beispielsweise das «Debating», an Schulen zu stärken und damit die politische Bildung und Partizipation auch praktisch, sowie politisch ausgeglichen, anzuwenden, erlebbar zu machen und in Schulen zu integrieren?
7. Welche politischen Instrumente sollen oder können an den Schulen gestärkt werden und wie bzw. über welche Kanäle können sich die Jungparteien einbringen, um diese Forderung vorwärts zu bringen?
8. Ist der Regierungsrat bzw. der Bildungsrat bereit, dazu die Anliegen und Vorstellungen der Jungparteienvertretenden anzuhören und sich eingehend mit diesen zu befassen?

9. Wie werden diese Anliegen in anderen Kantonen umgesetzt? Gibt es gute Praxisbeispiele, beispielsweise auch bezüglich Verbindlichkeit zur Anwendung, und wie sehen diese aus?

Sonja Gehrig
Nicola Yuste
Christina Zurfluh
Hans-Peter Brunner
Karin Fehr
Janine Vannaz
Walter Meier
Anne-Claude Hensch